



Tagesordnung I Punkt 6 der öffentlichen Sitzung am 13. September 2016

Vorlagen-Nr. 16-F-08-0035

Gutes Wohnen für alle

- Antrag der Fraktion LINKE&PIRATEN vom 07.09.2016 -

Die Lage auf dem Wiesbadener Wohnungsmarkt spitzt sich weiter zu, ca. 3200 Wohnungsgesuche sind allein bei städtischen Wohnungsservice registriert. Es fehlt vor allem für Familien mit mittlerem und niedrigem Einkommen an bezahlbaren Wohnungen. Wer auf eine neue Wohnung angewiesen ist, sucht oft monatelang vergeblich. Besonders betroffen sind Menschen mit geringem Einkommen, kleine Selbstständige, Alleinerziehende und Menschen mit Migrationshintergrund. Wer seine ehemalige Wohnung verliert oder nicht mehr halten kann, steht vor gestiegenen Mieten in seinem Viertel und muss woanders hinziehen.

- Der Bestand an Sozialmietwohnungen ist von ca. 28 000 Anfang der 1990er Jahre auf nur noch knapp 9 000 im Jahr 2014 gefallen,
- aktuell fällt eine Vielzahl von öffentlich geförderten Wohnungen in innerstädtischen Wohngebieten wie dem Bergkirchenviertel aus der Mietpreisbindung,
- in den Jahren von 2011 bis 2016 wurden in Wiesbaden nur um die 340 geförderte Wohnungen gebaut.

Um die Lage auf dem Wiesbadener Wohnungsmarkt zu entspannen und für Menschen mit unteren und mittleren Einkommen bezahlbare Wohnungen anbieten zu können, muss die Anzahl der zu schaffenden Wohnungen mit Mietpreisbindung über die im Wohnungsbauprogramm 2015/2016 genannte Zahl von 145 deutlich erhöht werden. Das in den Beschlüssen der Stadtverordnetenversammlungen vom 31.01.2012 und vom 07.02.2013 formulierte Ziel einer Mindestquote von 15 % preisgebundener Wohnungen bei jedem Neubauprojekt mit Geschosswohnungen mit mehr als 20 Wohneinheiten ist zu niedrig, um den Bedarf zu decken und ist bei mehreren innerstädtischen Wohnprojekten nicht berücksichtigt worden.

Da auch langfristige Darlehen mit nur sehr niedrigen Zinsen angeboten werden, dabei Mieten und Immobilienpreise stark ansteigen, verliert die Schaffung langfristig preisgebundener Wohnungen für private Investoren an Attraktivität.

Die Förderung bezahlbaren Wohnraums ist jedoch ein immer wieder erklärtes Ziel der Landeshauptstadt Wiesbaden.

Der Ausschuss möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen

1. Um dem steigenden Bedarf an bezahlbarem Wohnraum in Wiesbaden gerecht zu werden, verfolgt die Landeshauptstadt Wiesbaden das Ziel einer Mindestquote von 30% preisgebundener Wohnungen bei **allen** Neubauprojekten mit Geschosswohnungen mit mehr als 20 Wohneinheiten.

2. Der Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden wird beauftragt, Möglichkeiten zu prüfen, um die Schaffung von Wohnungen mit Mietpreisbindung für Investoren in Anbetracht niedriger Darlehenszinsen attraktiver zu gestalten. Hier ist vor allem die Vergabe von Grundstücken in städtischem Besitz in Erbpacht zu erwägen.
 3. Es werden längerfristige Mietpreisbindungen von mindestens 30 Jahren angestrebt.
 4. Beim Bau von Wohnungen in Regie der städtischen Wohnbaugesellschaften auf städtischen Grund und Boden werden zeitlich unbegrenzte Mietpreisbindungen gewährt.
-

Beschluss Nr. 0140

1. Der Antrag ist eingebracht.
2. Die weitere Behandlung erfolgt sobald eine Sitzungsvorlage zu „WISOBON“ (Wiesbadener Sozialgerechte Bodennutzung) vorliegt.

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .09.2016

Kessler
Vorsitzender

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .09.2016

Gabriel
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .09.2016

Dezernat IV
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Gerich
Oberbürgermeister